

23.04.2015 – PM 35/2015

Energiewende

IG BAU fordert stärkere Anstrengungen bei energetischer Gebäudesanierung

Frankfurt am Main – Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert die Bundesregierung anlässlich der Debatte um die Klimapolitik auf, das Energiesparpotential bei Gebäuden stärker zu berücksichtigen. „Der Bund muss dringend mehr Anreize schaffen, den CO₂-Ausstoß von Wohngebäuden zu verringern. Wir brauchen dafür eine Förderung, auf die sich die Eigentümer dauerhaft verlassen können“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. „Gleichzeitig müssen die Mittel des KfW-Programms deutlich aufgestockt werden und gleichzeitig steuerliche Anreize zur energetischen Sanierung gesetzt werden. Das sind Investitionen für unsere Kinder und Enkel. Es ist grundfalsch, diese für eine kurzfristige schwarze Null im Haushalt aufs Spiel zu setzen.“

Ziel der Bundesregierung ist es, die Treibhausgasemissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent zu senken. Bisher sind erst 27 Prozent erreicht. Grund dafür ist aus Sicht der IG BAU auch das vernachlässigte Energiesparpotential bei Gebäuden. 40 Prozent des bundesweiten Energieverbrauchs gehen auf das Konto von Gebäuden. Ziel war es, die Sanierungsquote im Gebäudebestand auf zwei Prozent zu verdoppeln, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Jedoch greifen die bisherigen Maßnahmen nicht. Bisher werden weniger als ein Prozent der rund 18 Millionen Wohngebäude in Deutschland energetisch saniert.

„Die Energiewende und mit ihr der Klimaschutz muss ein Erfolg werden. Wer, wie derzeit offenbar Teile der CDU, diese zugunsten privater Profite infrage stellt, übersieht, dass eine gesunde Umwelt die Grundlage unserer Existenz ist. Ohne sie haben weder eine hohe Attraktivität als Investitionsstandort noch ein ausgeglichener Haushalt einen Wert“, sagte Feiger. „Wir brauchen keine ständig wiederholten Lippenbekenntnisse, sondern entschlossenes Handeln der Politik. Uns rennt die Zeit davon.“

(1842 Zeichen)